



Herrn Oberbürgermeister Andreas Mucke

Es informiert Sie Herr Wierzba

Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563-62 72
Fax (0202) 563-85 73
E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de

Datum 28.06.2016

Drucks. Nr. VO/0538/16
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
29.06.2016	Hauptausschuss
04.07.2016	Rat der Stadt Wuppertal

Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksachenummer VO/0522/16
Wartechaos am Steinweg beseitigen – Vollständige Wiedereröffnung der Bürgerbüros

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mucke,

die Fraktion der Freien Demokraten (FDP) im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, der Rat möge am 4. Juli 2016 beschließen:

„Der Antragstext wird ersetzt durch:

Die Verwaltung führt eine detaillierte und transparente Prüfung für

- 1. die Fremdanmietung neuer Büros an einem neuen Standort,*
- 2. die Unterbringung des Einwohnermeldeamtes im Rathaus bei gleichzeitigem Tausch von Verwaltungseinheiten mit weniger Publikumsverkehr mit der Liegenschaft am Steinweg,*
- 3. die Reaktivierung der dezentralen Bürgerbüros in den Stadtteilen,*

durch.

Die Ergebnisse werden dem Rat zu seiner Sitzung am 19.09.2016 vorgestellt. Zusätzlich prüft die Verwaltung, welche Effizienzsteigerungen und Kosteneinsparungen durch verstärkte Einführung von Digitalisierungsprozessen im Meldewesen möglich sind und welche Konsequenzen sich hieraus ergeben können.

Die aus der Prüfung resultierende/n beste/n Lösung/en wird/werden in Form einer Verwaltungsdrucksache dem Rat zur endgültigen Entscheidung vorgelegt.“

Begründung:

Seit Jahren müssen sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Verwaltungsmitarbeiter die vollkommen unbefriedigende Situation im und um das Einwohnermeldeamt am Standort Steinweg ertragen. Ebenso lange beschäftigt diese Thematik den Rat der Stadt Wuppertal in regelmäßigen Abständen, ohne dass bislang eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung herbeigeführt worden wäre.

Während nun auch der zuständige Dezernent öffentlich Ideen für Lösungen medial diskutiert, fordern andere die vollständige Wiederherstellung der dezentralen Serviceangebote des Einwohnermeldeamtes in den Bürgerbüros. So schön die Vorschläge auch klingen mögen, kann doch eine Entscheidung über die Zukunft des Einwohnermeldeamtes nur aufgrund einer zuvor durchgeführten detaillierten Prüfung erfolgen. Alles andere wäre unverantwortlich gegenüber den Mitarbeitern, aber auch gegenüber den Bürgern und Steuerzahlern.

Es erscheint daher in vielfacher Hinsicht ebenso sinnvoll wie notwendig eine tragfähige Entscheidungsgrundlage zu erarbeiten, BEVOR man wesentliche Schritte unternimmt.

Die demokratisch gewählten Interessensvertreter der Bürgerinnen und Bürger im Rat haben es zudem verdient, in die Situation versetzt zu werden, wichtige Entscheidungen auf einer belastbaren Grundlage treffen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schmidt
- Fraktionsvorsitzender -